

finden kann? Nach dieser Vorlage soll er nun um zwei Kronen monatlich mehr bekommen. Das ist kein Ausgleich für die Steigerung der Lebensmittel. Das glauben Sie selbst nicht. Wir werden darum immer wieder kommen und entsprechende Zulagen für die niederen Kategorien von Ihnen fordern. Diese sind völlig unzureichend. Im übrigen ist zu rügen, daß die Gemeinde in der Begründung sagt, sie komme erst jetzt mit den notwendigen Erhöhungen, weil sie Staat und Land nicht ein böses Beispiel geben wollte. Es wäre sehr schön gewesen, wenn die Stadt vorangegangen wäre, und die Bedeckung wäre früher nicht schwieriger gewesen. Wir fänden diese Bedeckung auch heute leichter, wenn wir die Bedeckung der Lehrergehälter von 1/2 Millionen vorläufig aus den Anleihen genommen und später aus den Ueberweisungen nach dem Lehrergehaltsgesetz gedeckt hätten.

Die ländliche Bevölkerung ist von den Lebensmittelpreisen lange nicht so berührt, dafür steigt die Grundrente und die Bodenschuldung macht Fortschritte, die ländlichen Sparkassen füllen sich.

Wir bekämpfen vor allem die indirekten Steuern: die Bier- und Branntweinsteuer und die Erhöhung der Straßenbahntarife. Wir sind gegen alle Abgaben, die einen unsozialen Charakter in sich tragen, und das sind solche. Wir verfechten nicht den Alkoholismus, aber wenn wir schon solche Gesellschaftseinrichtungen haben, dann dürfen wir die tiefstehenden Schichten, die sich manchmal ihren Kummer mit einem Gläschen Schnaps wegr trinken wollen, nicht in diesem zweifelhaften Genuß besteuern. Das ist unsozial.

Bei einer Fahrt sind es nur zwei Heller, aber wie oft multiplizieren sich diese zwei Heller, dreimal oft im Tag, 36 Heller in der Woche, 18 Kronen in fünfzig Tagen. Darum stemmen wir uns gegen diese Vorlage. Wir sehen in dieser Erhöhung eines der schwersten Unrechte, das die Steuervorlage enthält. Wenn Sie dem Geiste der heutigen Zeit Rechnung tragen wollen, dann bewilligen Sie alle Steuern, die den einzelnen und gerade den Vermitteln nicht am schwersten belasten, dann schalten Sie alle diese Steuern aus. Das christlichsoziale Parteiblatt hat diese Steuer selbst die unsozialste genannt. Sie wollen doch nicht so unsozial sein.

Wir werden für die Vorlage stimmen, aber gegen die Bier- und Branntweinsteuer und gegen die Erhöhung der Fahrpreise bei den Straßenbahnen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es sprachen dann noch die Liberalen Melcher und Dr. Schwarz-Hiller. Beide befaßten sich vorwiegend mit der Wertzuwachssteuer, beide auch damit, daß als Beschwerdestelle gegen die Bemessung der Wertzuwachsabgabe der Stadtrat gelten soll. Dr. Schwarz-Hiller wünscht, daß als solche Beschwerdestelle eine Kommission gelten soll, bestehend aus sechs Mitgliedern des Gemeinderates — zu zweien jeder Partei —, vier rechtskundigen Magistratsbeamten und einem der Bürgermeister als Vorsitzenden. Für die Vorlage traten in der Generaldebatte noch ein Vizebürgermeister Rain und die Gemeinderäte Ungermayer und Kunschak, der behauptete, daß die Erhöhung der Gehälter der Straßenbahnbediensteten nicht als Steuer gewertet werden dürfe, sondern weil die Kriegszulagen an die Straßenbahner 2 1/2 Millionen Kronen ausmachen und außerdem auch noch der Betrieb außerordentliche Kriegskosten auf sich nehmen mußte. Er zieht die kapitalistischen Unternehmungen, die in Deutschland die Straßenbahnbetriebe führen, als Muster heran. Die Erhöhung sei auch nicht unsozial, weil es eine soziale Pflicht des Unternehmens sei, den Bediensteten das Durchhalten zu ermöglichen und weil der Reingewinn der Straßenbahn den Kassen der Stadt Wien zugeführt wird. Was die direkten Steuern anlangt, so handle die Gemeinde unter einem kategorischen Imperativ. Da dürfe man nicht sagen, daß wir uns etwas haben abplauschen lassen. Kunschak nahm für seine Partei noch das Verdienst in Anspruch, daß sie den Boden für die Wertzuwachssteuer vorbereitet habe. (Beifall bei seinen Parteigenossen.)

Die Spezialdebatte.

Nach den Schlussworten des Berichterstatters wird um 1/11 Uhr in die Spezialdebatte eingegangen, bei der sich namentlich bei einer Rede des Gemeinderates Klein zu den Gemeindeforschlägen für Aktiensteuer unter wohlwollender Duldung des Vorsitzenden Weiskirchner schon sehr die vorgerückte Stimmung geltend machte. Bretschneider wendete sich nochmals gegen die Biersteuer. Die Totalsteuerversteuer, die Hundsteuer wurden ohne Debatte angenommen. Zur Wertzuwachssteuer sprach Gemeinderat Skaret, der sich gegen die vorgerückte Stimmung zur Wehr setzen mußte, um dann sagen zu können, daß sich die Sozialdemokraten jedes Änderungsantrages nur darum enthalten, weil sie wünschen, daß die Steuer rasch Gesetz werde. Ist sie einmal Gesetz, dann wird sich schon Gelegenheit geben, zu ändern, was an ihm schlecht ist. Bei der Abstimmung wurde ein Zusatzantrag Melcher, der Materialplätze von der Wertzuwachssteuer ausnimmt, und der Antrag Schwarz-Hiller wegen der Beschwerdekommision angenommen, im übrigen die Steuer unverändert. Auch die Lustbarkeitssteuer wurde angenommen. Zu ihr sprach Emmerling, der wünscht, daß die Steuer deutlich in die zwei Gruppen geteilt wird: Musik und Theater die eine, Varieté, Kabarett die andere, damit man Abstrichungen machen könne in der Bewertung der Kunstvorführungen. Er beantragt einige Änderungen in diesem Sinne, von denen einige angenommen werden.

Die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Emmerling wendet sich mit gebotener Schärfe gegen diese Steuer. Wir müssen unsere Kreise vor dieser Erhöhung schützen. Es handelt sich hier weniger um Schuld, von der Ungermayer sprach, als um Schuldbewußtsein, das auch Sie in

dieser Sache empfinden. Wenn Kunschak erklärt hat, daß der Tarif besondere Vorteile für die Arbeiter enthalte durch Beibehaltung des Frühtarifes, so wissen Sie ganz gut, daß wenn Sie auch daran gerührt hätten, aus der Sache wohl nicht etwas geworden wäre. Dann hätten Sie in der Bevölkerung unüberwindliche Schwierigkeiten gefunden. Die Erhöhung der Fahrpreise ist — wenn uns Kunschak auch deshalb Demagogen nennt — eine indirekte und zugleich eine unsoziale Steuer, die als solche auch von der „Reichspost“ bezeichnet wurde. Die Straßenbahnen hätten ganz gut aus Eigenem das aufbringen können, was sie für die Mehrausgabe nötig haben. Die Straßenbahnen haben auch ungeheure Reserven, fast 33 Millionen allein Erneuerungsfonds. Die Maßnahme der Erhöhung wird die Bevölkerung sehr hart treffen und darum stimmen wir dagegen.

Partei (christlichsozial) verteidigt nochmals die Vorlage.

Fischer verweist auf den hohen Reingewinn der Straßenbahnen, der wegen der hohen Strompreise noch um vier bis fünf Millionen zu gering in den Ausweisen erscheine. Die Steuer ist also gar nicht notwendig. Das Geld ist anderswo zu finden.

Angenommen.

Nach dem Schlusswort des Referenten wurde auch diese Steuer angenommen. Die Sozialdemokraten und Liberalen stimmten geschlossen dagegen. Endlich wurde auch die Erhöhung der Gas- und Elektrizitätsreferente angenommen und damit war die lange Sitzung um 1/12 Uhr zu Ende.